

Zwischen Europameisterschaft, Pleiten und Bernstein-Gold

Polnische Wirtschaft im Sommer 2012

Von Niklas Kramer

Die polnische Wirtschaft steht im Sommer 2012 weiterhin robust da. Zwar trüben negative Nachrichten aus der Eurozone sowie Pleitewellen in der Baubranche die Gemüter, die guten Fundamentaldaten sowie der stabilitätsorientierte und glaubwürdige wirtschaftspolitische Kurs der Tusk-Regierung sprechen aber weiterhin für ein solides Wachstum. Die Fußball-Europameisterschaft dürfte zudem langfristige positive Auswirkungen haben.

Warschau, 27. August 2012

Vorgeschichte

Polen konnte seit der Transformation von 1989/1990 gegenüber dem Westen aufholen. Vor allem die mutigen und radikalen Liberalisierungen unter dem damaligen Finanzminister und heutigen polnischen Wirtschaftsguru Leszek Balcerowicz haben dazu ihren Beitrag geleistet. Der Beitritt in die Europäische Union 2004 und die damit verbundenen Anstrengungen zur Umsetzung des EU-Rechts hatten die Öffnung und Integration der polnischen Wirtschaft in den Europäischen Binnenmarkt komplett gemacht. Dank ausländischen Direktinvestitionen (FDI) und europäischen Strukturgeldern konnte die Modernisierung in Polen einsetzen. Waren zunächst Länder wie Ungarn und die Tschechische Republik bei den FDI vorne, hat Polen seit 2006 ungebrochen die Position des Spitzenreiters unter den osteuropäischen Ländern übernommen. Polen war zudem größter Netto-Empfänger europäischer Struktur- und Regionalgelder in der EU-Haushaltsperiode 2007-2013. Zwar werden von Experten mehr Investitionen in die Innovationskraft und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft angemahnt. Jedoch war die polnische Verwaltung in der Lage, die Gelder abzurufen und vor allem in den überfälligen Ausbau der Infrastruktur zu investieren.

Polen während der Finanzkrise - Ein Vorbild?

Die polnische Wirtschaft wächst derzeit nicht mehr so stark wie in den 90er Jahren, sie zeichnet sich aber weiterhin durch ein robustes Wachstum aus. Während der Finanzkrise machte das Land auf sich aufmerksam, da es als einziges Land in Europa im Jahr 2009 positive Zahlen von plus 1,9 % BIP aufweisen konnte. Im Anschluss zerbrachen sich Wirtschaftswissenschaftler den Kopf und versuchten Erklärungen für die Stabilität und Stärke der polnischen Wirtschaft zu finden. Als ein Grund wird häufig der im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern große Binnenmarkt ausgemacht.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit von ausländischem Kapital betonen die Experten vor allem aber die relativ geringe Gesamtverschuldung in Polen. Nicht nur die öffentliche Verschuldung, auch der Privatsektor war aufgrund hoher Eigenkapitalquoten der Unternehmen und eines recht konservativen Bankensektors nicht sehr stark auf dem Kapitalmarkt aktiv. Besonders die Arbeit der polnischen Finanzaufsichtsbehörde wird gelobt. Damit blieb nicht nur der gefürchtete Kapitalabfluss aus. Es konnten auch Übernahmen von westeuropäischen Banken verzeichnet werden, da letztere von den im Vergleich hohen Profitaussichten angelockt wurden. Nicht zu unterschätzen sind auch die Geldmengen, die von den vielen polnischen Arbeitnehmern aus dem Ausland in das Land zurück fließen. Der flexible Wechselkurs sowie höhere Inflationsraten im Vergleich zur Lohnentwicklung haben zusätzlich zur Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft beigetragen. Die von der Regierung der Partei der Bürgerplattform (PO) unter Donald Tusk zwischenzeitlich eingeführten Steuererleichterungen konnten sich vor dem Hintergrund der guten Fundamentaldaten und einer langfristig auf Stabilität setzenden Wirtschaftspolitik als fruchtbar erweisen. In diesem besonderen

wirtschaftspolitischen Mix sieht der Osteuropa-Analyst Gunter Deuber ein Lehrstück für die gegenwärtige wirtschaftspolitische Debatte in Europa.¹

Polen im Sommer 2012 – Trotz Pleiten bleibt es ruhig

Mit einem erwarteten Wachstum von zwischen 2,7 und 3,0 % BIP wird Polen auch im Jahr 2012 erneut Spitzenreiter in Europa sein. Das Investitionsklima ist nach Umfragen der deutsch-polnischen Industrie- und Handelskammer weiterhin bestens. Vor allem die Fußball-Europameisterschaft hat einen Schub gegeben. Nicht nur der Umsatz in der Hotelbranche und die Stimmung der Verbraucher ist durch die Großveranstaltung gestiegen. Vor allem die polnische Tourismusbranche erwartet sich langfristige Effekte. Viele der Zuschauer waren zum ersten Mal in Polen und sind nach Umfragen mit einem guten bis sehr guten Eindruck nach Hause gereist. Das Land ist stolz darauf, dass man eine solche Großveranstaltung entgegen der vorab geäußerten kritischen Kommentare in der westlichen Presse ohne große Probleme gemeistert hat. Viele der ohnehin geplanten Infrastrukturprojekte konnten beschleunigt und umgesetzt werden.

Die Schattenseite ist indes eine Pleitewelle im Bausektor. Eine beträchtliche Zahl an Unternehmen hatte sich mit den Angeboten übernommen und konnte aufgrund steigender Materialpreise keine Gewinne mehr einstreichen. Die nachträglichen, auch in Deutschland bekannten Streitigkeiten vor den Vergabekammern werden durch das unnachgiebige Auftreten der polnischen Straßenbaudirektion (GDDKiA), die keine nachträglichen Preisanpassungen akzeptiert, zusätzlich erschwert. Besonders kleinere Zulieferunternehmen sind so von dem Bankrott bedroht. Um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, hat die Regierung ein Sondergesetz erlassen, dass der GDDKiA ermöglichen soll, Forderungen von Unterauftragsnehmern über einen Zugriff auf die Vertragserfüllungsgarantien bevorzugt zu behandeln. Die Verfassungsmäßigkeit ist aber aufgrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes und der Privatautonomie umstritten. Unabhängig von dem Ergebnis der rechtlichen Auseinandersetzung vor dem Verfassungstribunal wird eingewendet, dass es sich bei der Pleitewelle ohnehin um einen branchentypischen Ausleseprozess handele, in dem sich die besser aufgestellten Unternehmen durchsetzen. Dies würde letztlich auch dem Verbraucher zugute kommen.

Derweil füllt ein weiteres Lehrstück in Sachen Marktwirtschaft das polnische Sommerloch: Ein bereits wegen Betrug verurteilter Unternehmer hat mit seiner bankenähnlichen Firma Ambergold (Bernstein-Gold) 50 000 Anleger hinter das Licht geführt. Mit dem Versprechen von 14 % Rendite im Goldhandel baute er trotz Warnungen der polnischen Finanzaufsichtsbehörde ein Schnellballsystem mit knapp 20 Millionen Euro auf. Die öffentliche Diskussion kreist derzeit um die Frage der Schutzverantwortung des Staates. Gleichzeitig trüben die schlechten Nachrichten aus der Eurozone das Bild. Das polnische Finanzministerium gab in seinem Juli-Bericht bekannt, dass sich das Wachstum aufgrund der Exportabhängigkeit (43 % des BIP) im ersten Quartal des Jahres um knapp 0,2 % BIP gegenüber dem Vorjahr verlangsamt hätte. Für positive Meldungen sorgte ein

¹ Gunter Deuber, Tragfähiger Wachstumspfad – Fiskalpolitik und Wirtschaftsentwicklung in Polen, Polen-Analysen Nr. 110, 06/2012.

Bericht der Nationalbank, dass die Inflation im Juli entgegen der Erwartung bei 4 % liegen wird und damit bis Ende des Jahres auf 3 % fallen könnte.

Ausblick – Euro oder nicht Euro?

In Regierungskreisen fürchtet man aufgrund der Eurokrise vor allem, dass die EU-Strukturgelder gekürzt werden. Polen bleibt mit seinem Leistungsbilanzdefizit von 4,7 % BIP und einem staatlichen Jahresdefizit von 4,2 % BIP weiterhin in hohem Maße von europäischen Transferzahlungen sowie privaten Direktinvestitionen abhängig. Die polnische Regierung verfolgt nicht zuletzt deswegen eine glaubwürdige Konsolidierungspolitik, was die am Anfang des Jahres durchgeführte Rentenreform unterstreicht. Die Regierung und das Finanzministerium unter Jacek Rostowski streben weiterhin das Ziel einer schnellen Euro-Einführung an, wofür das Einhalten der Maastrichter Kriterien notwendig ist. Zwar wird neuerdings die Bedingung eingeführt, dass die Eurozone zunächst ihre strukturellen Probleme zu lösen habe. Die Furcht, das Polen bei einer sich vertiefenden Eurozonen-Integration außen vor bleiben könnte, sorgt aber für einen zusätzlichen Anreiz.

Der Abbau des strukturellen Defizits trifft auf zahlreiche Herausforderungen, die Polen mittel- bis langfristig noch zu lösen hat. So ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu den 90er Jahren zwar bedeutsam gesunken, mit derzeit recht konstanten 12,4 % aber immer noch recht hoch. Aufgrund des offenen Arbeitsmarktes und steigenden Löhnen stehen die Unternehmen sowie der polnische Staat vor der Herausforderung, die Investitionen in Forschung und Entwicklung voranzutreiben (derzeit nur 6 % des EU-Durchschnitts). Zudem ist Polen gezwungen, die Energieversorgung unter gleichzeitiger Erfüllung der klimapolitischen EU-Vorgaben zu sichern. Da Polen noch übermäßig stark von Kohle abhängig ist, stellt sich die Frage, wie der Übergang zu gestalten ist. Die Entscheidung, neu in die Atomenergie zu investieren, wird nicht nur von deutscher Seite kritisch hinterfragt. Auch in Polen mehren sich die Stimmen in der Wissenschaft, die das Projekt für zu teuer und unnötig erachten. Zudem werden aktive Reformen in der Gesundheit und in der Bildung angemahnt. Die Probleme wurden von der Politik bereits erkannt und vieles spricht dafür, dass sie den Reformkurs beibehält. Das größte Plus der PO-Regierung ist das Vertrauen, das sie auf den Märkten genießt. Polen zahlt derzeit moderate 5 % Zinsen auf zehnjährige Staatsanleihen und gilt als ein sicherer Hafen in der ansonsten turbulenten Zeit der Finanz- und Schuldenkrise.

Kontakt:

Konrad-Adenauer Stiftung
Auslandsbüro Polen
ul. Dąbrowskiego 56
PL 02-561 Warschau

Tel: +48228459330
E-Mail: kas@kas.pl
kas@kas.pl